

Richtlinie über die Förderung von Bürgerplattformen in Stadtgebieten ohne Ortschaftsräte

Präambel

Bürgerplattformen sind gem. § 30 Hauptsatzung der freiwillige Zusammenschluss von in einem Stadtgebiet lebenden und tätigen Menschen. Sie arbeiten partei- und verwaltungsunabhängig. Eine enge Zusammenarbeit mit bestehenden Strukturen und der Verwaltung ist anzustreben. Bürgerplattformen sind in allen ihren Bereich betreffenden Angelegenheiten frühzeitig einzubeziehen. Ihre Hinweise und Anregungen sind als „Träger öffentlicher Belange“ zu behandeln. Analog der Ortschaftsräte sind sie zu Stellungnahmen berechtigt. In den Ausschüssen können sie gehört werden. Bürgerplattformen können sich im Internet und mit eigenen Logos präsentieren. Sie haben das Recht, Bürgerversammlungen zu initiieren und sich auf Einwohnerversammlungen vorzustellen.

Die Stadtgebiete für Bürgerplattformen mit den jeweiligen Stadtteilen sind:

Nord: Glösa-Draisdorf, Furth, Borna-Heinersdorf

Nord-Ost: Ebersdorf, Hilbersdorf, Sonnenberg

Mitte-Ost: Yorckgebiet, Gablenz

Süd-Ost: Adelsberg, Reichenhain, Erfenschlag, Harthau

Mitte: Zentrum, Kapellenberg, Lutherviertel, Bernsdorf, Altchemnitz

Süd: Kappel, Helbersdorf, Markersdorf, Morgenleite, Hutholz

West: Rottluff, Schönau, Stelzendorf, Rabenstein, Siegmar, Reichenbrand

Mitte-West: Schloßchemnitz, Kaßberg, Altendorf

Die Stadt Chemnitz fördert die Betreibung von Bürgerplattformen als freiwillige Leistung. Sie stellt dafür finanzielle Mittel entsprechend der Richtlinie und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und nur für solche Zwecke, die im öffentlichen Interesse liegen, zur Verfügung. Schwerpunkte der finanziellen Unterstützung sind die Koordination und Begleitung der Bürgerplattformen, die Projektförderung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger des Stadtgebietes, die Netzwerkarbeit und die Realisierung weiterer Instrumente der Bürgerbeteiligung.

Geförderte Projekte müssen im Einklang mit allen geltenden Gesetzen und Rechtsvorschriften stehen. Sie dürfen nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen.

Neben der Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtgebiet zielt die Förderung auf das friedliche Zusammenleben der Menschen sowie auf den gemeinsamen Austausch im Stadtteil. Geförderte Projekte müssen immer im jeweiligen Stadtgebiet stattfinden, Ausnahme bilden stadtgebietsübergreifende Kooperationen mit anderen Bürgerplattformen. Voraussetzung hierfür ist ebenfalls zwingend ein Stadtgebietsbezug. Die Förderung muss der Gemeinschaft zu Gute kommen. Die Maßnahmen müssen prinzipiell für alle Interessierten zugänglich sein. Ziel ist die breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger,

nicht die Begünstigung von Einzelinteressen (Beispiel für ein Einzelinteresse: Förderung eines Sportgerätes, welches nur für Mitglieder eines Vereins nutzbar ist.)

I. Allgemeine Grundsätze:

1. Eine Bürgerplattform besteht aus einer ehrenamtlich arbeitenden Steuerungsgruppe und einem Träger für die Organisation und Verwaltung.
2. Es gelten die Grundsätze für die Betreibung von Bürgerplattformen gemäß Anlage 1.
3. Voraussetzung für die Förderung ist die Anerkennung des Trägers der Bürgerplattformen durch den Stadtrat. Die Bürgerplattform hat der Stadt Chemnitz eine Richtlinie zur Mittelvergabe und eine Geschäftsordnung vorzulegen.
4. Die Stadt stellt der Bürgerplattform als institutionelle Förderung jährlich eine Personalkostenzuwendung, eine Sachkostenzuwendung sowie ein Bürgerbudget zur Verfügung. Die Zuwendungsmittel werden entsprechend o. g. Richtlinie durch den Träger der Bürgerplattform verwaltet. Für alle aus dem Bürgerbudget geförderten Projekte der Bürgerplattformen sowie für die Bürgerplattformen selbst ist bei Veröffentlichungen der Förderhinweis „gefördert aus Haushaltsmitteln der Stadt Chemnitz“ verpflichtend hinzuzufügen.
5. Ein Rechtsanspruch besteht weder dem Grunde, noch der Höhe nach, auch wenn in der Vergangenheit Zuwendungen gewährt wurden. Die Zuwendungen werden nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bewilligt. Zuwendungsmittel sind wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.

II. Die Steuerungsgruppe

1. Die Mitarbeit in der ehrenamtlichen Steuerungsgruppe steht allen Bürgerinnen und Bürgern, die im jeweiligen Stadtgebiet der betreffenden Bürgerplattform wohnen, arbeiten oder Mitglied in Vereinen oder Organisationen mit Sitz im Stadtgebiet der betreffenden Bürgerplattform sind, offen. Grundsätzlich sollte mindestens ein Vertreter aus jedem Stadtgebiet in der Steuerungsgruppe vertreten sein.

Zur Vermeidung von Interessenkonflikten ist die gleichzeitige Mitgliedschaft in mehreren Steuerungsgruppen von Bürgerplattformen ausgeschlossen.

Die Mitglieder der Steuerungsgruppen werden entsprechend der jeweiligen Geschäftsordnungen in den Bürgerplattformen jeweils gewählt oder benannt.

Die Nennung der Koordinatoren und Steuerungsgruppenmitglieder gem. Anlage 1 Punkt 15 erfolgt mit Namen und Vorname.

Die Sitzungen der Steuerungsgruppen sind grundsätzlich öffentlich durchzuführen. Sofern schützenswerte Interessen Dritter betroffen sind, können die Sitzungen nichtöffentlich durchgeführt werden.

III. Der Träger

1. Um den Regionalbezug der Bürgerplattform zu gewährleisten, muss der Träger im jeweiligen Stadtgebiet aktiv sein. Dies kann beispielsweise durch seinen Sitz oder durch die Einrichtung von festen Kontaktorten und Sprechstunden erfolgen. Zur Vermeidung von Interessenkonflikten ist die gleichzeitige Trägerschaft für mehrere Bürgerplattformen ausgeschlossen.

2. Der Träger verpflichtet sich, die übertragenen finanziellen Mittel für die Bürgerplattform eigenverantwortlich zu verwalten und gegenüber der Stadt den Nachweis der Verwendung entsprechend den Vorgaben dieser Förderrichtlinie zu erbringen.

Hierzu ist ein budgetverantwortlicher Koordinator durch den Träger zu beschäftigen. Die Obergrenze der Personalkosten des Koordinators bestimmt sich nach Punkt IV, Nr. 2 in Verbindung mit Anlage 2 dieser Richtlinie. Der Koordinator ist kein stimmberechtigtes Mitglied der Steuerungsgruppe.

Zur Neueinstellung des jeweiligen Koordinators, d. h. vor Abschluss des entsprechenden Arbeitsvertrages, bedarf es des gegenseitigen Einverständnisses zwischen dem Träger und der Steuerungsgruppe der Bürgerplattform zur persönlichen und fachlichen Eignung.

Der Arbeitsvertrag des Koordinators soll eine Probezeit enthalten. Die Entscheidung darüber, ob sich der Koordinator innerhalb der Probezeit bewährt hat, ist ebenfalls im gegenseitigen Einverständnis zwischen dem Träger und der Steuerungsgruppe der Bürgerplattform zu treffen. Kann das Einverständnis nicht rechtzeitig hergestellt werden, so erlischt der Anspruch auf Zahlung der Personalkostenzuwendung mit dem Ablauf der vertraglich vereinbarten Probezeit.

Der Koordinator oder ein Vertreter ist zur Teilnahme am Jour fixe/Arbeitskreis der Koordinatoren aller Bürgerplattformen unter Beteiligung der Stadt Chemnitz verpflichtet.

Der Koordinator bringt sich in Aktivitäten des Stadtgebietes ein, wirkt vernetzend und wirbt für die Erstbeantragung von Zuwendungen zur Finanzierung von Projekten neuer Akteure im Sinne dieser Förderrichtlinie sowie die Mitgestaltung in der Bürgerplattform. Die kontinuierliche Erhöhung des Bekanntheitsgrades ist mittels wirkungsvoller Öffentlichkeitsarbeit zu gewährleisten.

3. Vor Verwendung von Mitteln des Bürgerbudgets sind Beschlüsse der Steuerungsgruppe, welche auf Grundlage dieser Förderrichtlinie durch die jeweilige Bürgerplattform pro Projekt gefasst werden, herbeizuführen. Eine nachträgliche Förderung von bereits abgeschlossenen Projekten ist somit nicht möglich. Zum Abruf der Mittel des Bürgerbudgets ist gegenüber der Stadt Chemnitz eine Übersicht der geplanten Projekte vorzulegen. Mittel aus dem Bürgerbudget können zur Umsetzung von Projekten und Maßnahmen an Dritte weitergereicht werden. Zu diesem Zweck ist ein entsprechender Zuwendungsvertrag erforderlich. Bei der Durchführung von Veranstaltungen soll der inklusive Zugang für Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Die Finanzierung des Bürgerbudgets erfolgt aus Haushaltsmitteln der Stadt Chemnitz. Die Mittelverwendung hat ausschließlich im Sinne der Allgemeinheit zu erfolgen. Ausgaben, die dem Förderzweck entgegenstehen, dürfen, aus den von der Stadt Chemnitz zur Verfügung gestellten Mittel, nicht finanziert werden, insbesondere nicht:

- a) Geldbeschaffungskosten, Mahngebühren und Zinsen
- b) Erwerb von Grundstücken
- c) erstattungsfähige Mehrwertsteuer
- d) pauschale Rechnungslegungen auf der Grundlage von Pauschalangeboten
- e) in Anspruch genommene Skonti

- f) persönliche Zuwendungen und Geschenke (Ausnahme: Ehrungen bis zu einer Höchstgrenze von 15 Euro bei Ehrenamtstätigkeit)
- g) Gewinne, Tombola, welche den Einzelwert von 5 Euro übersteigen
- h) Eintritte in Einrichtungen, die direkt der Stadt Chemnitz angehören
- i) Eintritte, die nicht unmittelbar für die erfolgreiche Durchführung eines Projektes notwendig sind
- j) Spenden
- k) Kosten für mehrtägige Reisen
- l) Ausgaben für Projekte, welche bereits aus im Haushalt der Stadt Chemnitz bereitgestellten Mitteln finanziert werden sowie Ausgaben für Projekte, welche bereits über andere Fördermöglichkeiten finanziert werden (Ausschluss der Doppelförderung)

Der Stadt Chemnitz bleibt vorbehalten, Einzelfallentscheidungen über weitere nicht zuwendungsfähige Ausgaben im Sinne dieser Förderrichtlinie zu treffen. Diese Entscheidungen werden dem Koordinator der Bürgerplattform durch die Stadt Chemnitz im Vorfeld mitgeteilt, sofern die Entscheidungsgrundlagen vollständig vor Durchführung des jeweiligen Projektes bekannt sind.

Im Rahmen der geförderten Projekte dürfen Aufwandsentschädigungen und Honorare bei Nachweis einer erbrachten projektbezogenen Leistung gezahlt werden.

Die Höhe der Aufwandsentschädigung darf den Mindestlohn nicht überschreiten. In der Abrechnung sind die geleisteten Zeiten darzustellen.

Honorare sind hiervon nicht berührt. Für die Abrechnung von Honoraren, Mieten- und Dienstleistungsverträgen sind konkrete Rechnungen, welche den formalen Anforderungen entsprechen und die zu Grunde liegenden Verträge vorzulegen.

Reisekosten für Tagesausflüge im sind der Höhe nach zu begrenzen. Die Regelungen des sächsischen Reisekostengesetzes (SächsRKG) sind einzuhalten. Eintägige Ausflüge können im gesamten Stadtgebiet durchgeführt werden, sofern diese für das Gelingen der Projektdurchführung erforderlich sind.

Speisen und nichtalkoholische Getränke dürfen im Zusammenhang mit der Durchführung einer Veranstaltung bis zu einer Höhe von fünf Prozent aus der Sachkostenzuwendung finanziert werden. Unbeschadet dessen dürfen diese Lebensmittel im Rahmen von Projekten als „pädagogische Materialien“ aus dem Bürgerbudget beschafft werden.

- 4. Bei der Erteilung von Aufträgen und Anschaffungen ab einem Wert von 500 € netto sind mindestens drei vergleichbare Angebote einzuholen und stets das wirtschaftlichste Angebot zu wählen. Davon ausgenommen sind freiberufliche Kreativleistungen.
- 5. Vor einer Anschaffung sind wirtschaftliche Alternativen wie Miete/Leihe zu prüfen. Die Wirtschaftlichkeit der Entscheidung ist zu dokumentieren. Anschaffungen sind nur im Rahmen von konkreten Projekten zulässig. Die Bürgerplattform dokumentiert die Anschaffungen und deren Nutzung durch Dritte. Sie trifft hierzu entsprechende Regelungen.

Die Anschaffung von z. B. Küchen, Schreibtischen oder Stühlen bzw. weiteren Ausstattungsgegenständen, die zur Nutzung durch die Bürgerplattform angeschafft werden sollen, zählt zu den Sachkosten und kann nicht aus dem Bürgerbudget gefördert werden.

Bei Anschaffungen, die ständig im öffentlichen Raum verbleiben, ist im Vorfeld die Zustimmung des zuständigen Fachamtes der Stadt Chemnitz schriftlich einzuholen.

6. Es ist grundsätzlich möglich, dass durch den Träger Drittmittel für die Bürgerplattform eingeworben werden. Diese sind im Antrag und im Verwendungsnachweis zwingend anzugeben. Die Höhe der Fördermittel (Drittmittel und Bürgerbudget) darf die Gesamtausgaben pro Projekt nicht übersteigen.
7. Der Träger hat dem Geschäftsbereich Grundsatz und Stadtrat anzuzeigen, wenn
 - weitere Zuwendungen von anderer Stelle bewilligt wurden,
 - abgerufene Beträge nicht im laufenden Haushaltsjahr verwendet werden können,
 - sich die für die Bewilligung der Zuwendung zu Grunde liegenden Umstände ändern oder wegfallen,
 - sich die Rahmenbedingungen des Trägers maßgeblich ändern (z. B. Gesetzes- oder Rechtsformänderung),
 - die Zweckbindung nicht eingehalten wird.

IV. Finanzierung der Bürgerplattformen (gem. Anlage 2)

1. Bürgerbudget

Das Bürgerbudget dient der eigenverantwortlichen Finanzierung von Projekten, die der Entwicklung des Stadtgebietes der Bürgerplattform zugutekommen und ist nachrangig zu möglichen eingeworbenen Drittmitteln einzusetzen.

Bei der Entscheidung über Projektanträge sind seitens der Mitglieder der Steuerungsgruppe und der ggf. zugehörigen Träger Befangenheiten selbstständig durch die Steuerungsgruppe zu prüfen. Bei Befangenheit darf das jeweilige Mitglied der Steuerungsgruppe, bzw. Vertreter des Trägers weder an Diskussion noch an der betreffenden Abstimmung teilnehmen. Befangenheitsanzeigen sind zu dokumentieren.

Berechnungsgrundlage für den Zuwendungsbescheid im laufenden Jahr für die Zuwendung im Folgejahr bildet die Zahl der Einwohner mit Hauptwohnsitz in den zur jeweiligen Bürgerplattform gehörenden Stadtteilen zum 30.09. des Vorjahres (Meldestatistik).

Ein Viertel des Bürgerbudgets wird spätestens zum 15.01. des laufenden Haushaltsjahres und die verbleibenden Mittel werden auf Abruf ausgezahlt.

2. Personalkostenzuwendung

Die Personalkostenzuwendung dient der Finanzierung des Koordinators der Bürgerplattform. Bei Einhaltung der Rahmenbedingungen entsprechend der Anlage 2 können die Aufgaben des Koordinators auf mehrere Personen aufgeteilt werden. Die entsprechenden Arbeitsverträge und Abrechnungen sind vorzulegen.

Personalkosten können zur Deckung von Sachkosten verwendet werden, sofern dies gegenüber der Stadt Chemnitz schriftlich angezeigt wird.

Die Personalkostenzuwendung wird auf Abruf für maximal ein Quartal an den Träger ausgezahlt.

3. Sachkostenzuwendung

Die Sachkostenzuwendung dient der Finanzierung der organisatorischen Belange der Bürgerplattform.

Die Zahlung der Sachkostenzuwendung erfolgt spätestens zum 15.01. des laufenden Haushaltsjahres.

4. Antragsverfahren und Zuständigkeit

Berechtigt zur Antragseinreichung nach dieser Richtlinie sind nur vom Stadtrat anerkannte Träger von Bürgerplattformen. Durch den Träger ist der Antrag für die Zuwendung an die Bürgerplattform bis 30. September des laufenden Haushaltsjahres für das Folgejahr an den Geschäftsbereich Grundsatz und Stadtrat zu stellen, durch den die Mittelbewilligung per Bescheid erfolgt. Das Antragsformular wird durch die Stadt Chemnitz zur Verfügung gestellt. Die Bewilligung erfolgt bis zum 30.11. im laufenden Haushaltsjahr.

5. Zuwendungsdauer und Bescheid

Eine Entscheidung über die Zuwendung erfolgt jährlich.

Die Zuwendungsgewährung in der vorläufigen Haushaltsführung entsprechend § 78 SächsGemO erfolgt nur im Rahmen der Ermächtigung zur Mittelinanspruchnahme unter Vorbehalt des Widerrufs. Wird im laufenden Haushaltsjahr eine Haushaltssperre gemäß § 30 SächsKomHVO ausgesprochen, so kann eine bereits erteilte Bewilligung für die Zukunft teilweise widerrufen werden.

Die Übertragbarkeit von nicht verausgabten Mitteln zwischen den Haushaltsjahren ist aufgrund des Prinzips der Jährlichkeit nicht möglich.

6. Verwendungsnachweisverfahren

Der Verwendungsnachweis erfolgt als Formblatt unterschrieben mit der vollständigen Abrechnung der Personalkosten sowie des Bürgerbudgets durch den Träger gegenüber der Stadt Chemnitz bis spätestens 31.03. des Folgejahres.

Als Personalkostennachweis sind der Arbeitsvertrag mit dem Koordinator sowie eine Abrechnung der tatsächlich gezahlten jährlichen Arbeitgeberbruttolohnkosten vorzulegen.

Für die Sachkostenzuwendung bestätigt der Träger schriftlich die bestimmungsgemäße Verwendung. Eines Einzelnachweises bedarf es nicht, außer bei der Erhöhung der Sachkostenzuwendung aus Personalaufwand.

Die Abrechnung des Bürgerbudgets erfolgt in Form eines zahlenmäßigen Nachweises der geförderten Projekte und Einzelmaßnahmen, deren Gesamtaufwand und des darin enthaltenen Anteils des Bürgerbudgets sowie der durch Zahlungen begünstigten Dritten in digitaler Form. Um Doppelförderungen auszuschließen, sind die Bürgerplattformen begünstigende Drittmittel im Verwendungsnachweis abzubilden. Zusätzlich zu diesem Nachweis ist ein schriftlicher Sachbericht vorzulegen. Im Sachbericht sind zum Nachweis des Wirkungsgrades der Projekte in

Zusammenhang mit Veranstaltungen Teilnehmendenzahlen anzugeben. Der Sachbericht kann digital übermittelt werden.

Werden Dritte zum Zwecke der Durchführung von Projekten und Maßnahmen durch den Träger aus Mitteln des Bürgerbudgets begünstigt, so hat der Träger die vertragsgemäße Verwendung der Mittel sicherzustellen und die Verwendung in geeigneter Weise nachzuweisen.

Sämtliche Abrechnungsunterlagen, insbesondere Vergleichsangebote für Auftragsvergaben über 500 € netto, sind für die Dauer von 10 Jahren beim Träger oder dem begünstigten Dritten für eine Prüfung durch die Stadt Chemnitz im Original vorzuhalten. Stichprobenprüfungen sind jederzeit möglich. Die Stadt Chemnitz ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Unterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung zu prüfen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Der Träger erfasst den Umfang der ehrenamtlichen Leistungen und Eigenleistungen (Stundenaufwand der Steuerungsgruppe) und stellt diese im Verwendungsnachweis nachrichtlich dar. Dabei kann ein Stundensatz bis maximal zur Höhe des Mindestlohns Verwendung finden.

7. Datenschutz

Für die sachgerechte Bearbeitung der Zuwendungsverfahren und Verwendungsnachweisprüfung, bei denen Personalkosten gefördert werden, ist es erforderlich, dass das der Geschäftsbereich Grundsatz und Stadtrat personenbezogene Daten der Stelleninhaber verarbeitet. Weiterhin erfordert die Umsetzung dieser Richtlinie die öffentliche Benennung der Steuerungsgruppenmitglieder und des Koordinators. Die vollständigen Informationen zur Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten enthält das Informationsblatt zum Datenschutz bei der Förderung von Personalkosten (Anlage 3). Mit dem Antrag bzw. mit der Änderungsmeldung bei Stellenneubesetzungen erklärt der Träger, dass er den Inhalt des Informationsblattes zum Datenschutz nach der DSGVO zur Kenntnis genommen und an seinen Beschäftigten ausgereicht hat. Betreffend die Verwendung zu Förderzwecken und Übermittlung der personenbezogenen Daten der Stelleninhaber an den Geschäftsbereich Grundsatz und Stadtrat sind die Träger Verantwortliche im Sinne der DSGVO.

8. Widerruf und Rückzahlung

Werden Zuwendungen für einen anderen als im Bewilligungsbescheid bestimmten Zweck verwendet oder werden mit der Zuwendung verbundene Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, so kann der Bewilligungsbescheid ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft und die Vergangenheit widerrufen werden.

Wird im Ergebnis der Prüfung eine der folgenden Feststellungen getroffen

- eine Unterschreitung der Ausgaben für Personalkosten oder des Bürgerbudgets
- sind Mittel durch den Träger nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet worden
- Erhalt weiterer Drittmittel
- erfolgte eine Aberkennung der Trägerschaft durch den Stadtrat,

so sind diese Finanzmittel nach schriftlicher Aufforderung (Änderungs- oder Widerrufsbescheid) durch den Träger binnen eines Monats an die Stadt Chemnitz zu erstatten. Nach Antrag durch den Träger ist die Verrechnung der Rückforderung mit den laufenden Zuwendungen möglich.

V. Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt am 01.01.2026 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Richtlinie über die Förderung von Bürgerplattformen in Stadtgebieten ohne Ortschaftsräte (Beschluss B-056/2024 vom 17.04.2024) zum 31.12.2025 außer Kraft.

Anlagen:

- | | | |
|----------|---|--|
| Anlage 1 | - | Definition und Kriterien der Bürgerplattformen |
| Anlage 2 | - | Übersicht der Finanzierung von Bürgerplattformen |
| Anlage 3 | - | Informationsblatt zum Datenschutz |

Anlage 1

Grundsätze für die Betreuung von Bürgerplattformen

Es gelten folgende Definition und Kriterien der Bürgerplattformen:

- (1) Eine Bürgerplattform im Sinne des Beschlusses ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Organisationen und anderen Akteurinnen und Akteuren (z. B. Firmen, Wohnungsunternehmen, Kirchgemeinden) in einem Stadtgebiet entsprechend der Darstellung in der Präambel.
- (2) Die Arbeit der Bürgerplattformen ist in erster Linie auf die Belange des jeweiligen Stadtgebietes ausgerichtet. Sie versteht sich als Ansprechpartner und Sprachrohr der im Gebiet wohnenden und tätigen Bürgerinnen und Bürger und Akteurinnen und Akteuren gegenüber von Verwaltung und Stadtrat. Ziel der Bürgerplattform ist, die Lebensbedingungen in den Stadtteilen zu verbessern.
- (3) Je Stadtgebiet gibt es eine Bürgerplattform im Sinne der Definition.
- (4) Bei Gründung neuer Bürgerplattformen müssen zu Beginn Akteurinnen und Akteure der Bürgerbeteiligung aus mehr als 50 % der zum Gebiet gehörenden Stadtteile vertreten sein. Ziel muss die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern und Akteurinnen und Akteuren aus allen Stadtteilen des Gebietes sowie die Nutzung vorhandener Strukturen sein.
- (5) Die Bürgerplattform ist offen für alle Bürgerinnen und Bürgern und Akteurinnen und Akteuren aus dem Stadtgebiet, die sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen.
- (6) Die Bürgerplattformen entwickeln im Sinne der Transparenz als verbindliche Arbeitsgrundlage jeweils eine Geschäftsordnung und eine Richtlinie für die Mittelvergabe. Eine finanzielle Förderung durch die Stadt ist erst nach öffentlicher Gründung, Vorlage der o. g. Dokumente sowie Bestätigung durch die Verwaltung möglich.
- (7) Durch geeignete Instrumente (z. B. Bürgerforen, Umfragen) sichert die Bürgerplattform regelmäßig ab, dass sie die Meinungen und Interessen der im Gebiet Wohnenden und Tätigen vertritt. Sie legt jährlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung Rechenschaft über das Erreichte ab.
- (8) Es werden gemeinsam verbindliche Standards der Zusammenarbeit, die insbesondere Aufgaben aller Beteiligten und Formen der Einbeziehung regeln, zwischen den Bürgerplattformen und der Stadtverwaltung entwickelt.
- (9) Die Bürgerplattformen sind verpflichtet, mit weiteren Gemeinwesenakteurinnen und -akteuren in den Stadtteilen kooperativ und unterstützend zusammen zu arbeiten.
- (10) Die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Bürgerplattformen sind verpflichtet, einmal jährlich an einer von der Stadtverwaltung angebotenen Fortbildung teilzunehmen.
- (11) Mindestens 10% des Bürgerbudgets werden für Maßnahmen bisher nicht bezuwendeter Akteurinnen und Akteure verwendet um den Wirkungskreis der Bürgerplattformen zu vergrößern. Neue Maßnahmen sind Projekte von Akteurinnen und Akteuren, die im Vorjahr noch nicht bezuwendet wurden.
- (12) Mindestens 10% des Bürgerbudgets werden für Maßnahmen der Kinder- und Jugendbeteiligung eingesetzt.

- (13) Die zur Verfügung gestellten Mittel für Sach- und Personalkosten sind gegenseitig deckungsfähig.
- (14) Mindestens einmal jährlich berichtet jede Bürgerplattform öffentlich über alle bezuwendeten Projekte des Bürgerbudgets. Diese werden zu einer Informationsvorlage zusammengefasst.
- (15) Die Koordinatorinnen und Koordinatoren und Steuerungsgruppenmitglieder sind öffentlich bekannt zu geben und auf der Internetseite der Stadt und – soweit vorhanden – auf der Internetseite der Bürgerplattform zu nennen.
- (16) Für öffentliche Steuerungsgruppensitzungen sind bürgerfreundliche Zeiten einzurichten, um eine möglichst hohe Teilhabe zu ermöglichen. Die Termine sind aus Gründen der Transparenz im Vorfeld zu veröffentlichen.

Anlage 2

Übersicht zur Finanzierung der Bürgerplattformen

Bürgerbudget:

1,00 € je Einwohner des Stadtgebietes / Jahr

Personalkostenzuwendung:

bis 15.000 Einwohner:	20 Wochenarbeitsstunden / 25.000 €/Jahr
bis 30.000 Einwohner:	30 Wochenarbeitsstunden / 37.500 €/Jahr
ab 30.000 Einwohner:	40 Wochenarbeitsstunden / 50.000 €/Jahr

Sachkostenzuwendung:

Sockelbetrag für jede Bürgerplattform: 2.000 €

Weitere Zuwendung je Bürgerplattform:

bis 15.000 Einwohner	500 €
bis 30.000 Einwohner	1.000 €
ab 30.000 Einwohner	1.500 €

Die Ermittlung der Einwohnerzahlen (Meldestatistik) als Basis für die Berechnung der Zuwendung im laufenden Jahr für das Folgejahr erfolgt immer zum 30.09. des Vorjahres. Es gelten die in der Richtlinie unter I. 5. Festgehaltenen Vorbehalte.

Anlage 3

Geschäftsbereich Grundsatz und Stadtrat


CHEMNITZ
 KULTURHAUPTSTADT
 EUROPAS 2025

Datenschutzrechtliche Informationen nach Artikel 14 Abs. 1 und 2 DSGVO

zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Stadt Chemnitz im Zusammenhang mit der Richtlinie über die Förderung von Bürgerplattformen in Stadtgebieten ohne Ortschaftsräte

Die Datenerhebung erfolgt dazu bei Dritten oder aus sonstigen Quellen.

Die nachfolgenden Angaben sollen Sie insbesondere darüber informieren, wie die Stadt Chemnitz mit Ihren Daten umgeht und welche Rechte und Pflichten Sie in diesem Zusammenhang haben. So wird eine transparente und faire Datenverarbeitung im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit den Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), sichergestellt.

Verantwortliche/r für die Datenverarbeitung

Verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten in o. g. Angelegenheit ist:

Stadt Chemnitz

Geschäftsbereich Grundsatz und Stadtrat

Markt 1, 09111 Chemnitz

Telefon: 0371 488 1501

E-Mail: grundsatz@stadt-chemnitz.de
Datenschutzbeauftragte

Stadt Chemnitz

Datenschutzbeauftragte

09106 Chemnitz

Telefon: 0371 488-0

Fax: 0371 488-1992

E-Mail: datenschutz@stadt-chemnitz.de
Zweck der Verarbeitung

Die Stadt Chemnitz verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zu folgenden/m Zweck/en:

1. Im Rahmen von Förderverfahren des Trägers von Bürgerplattformen als Arbeitgeber. Dies umfasst die Antragsbearbeitung, Bewilligung, Nachweisführung und Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von Fördermitteln im Rahmen der Richtlinie über die finanzielle Förderung von Bürgerplattformen in Stadtgebieten ohne Ortschaftsräte
2. Veröffentlichung der Namen des Koordinators der Bürgerplattform sowie der Mitglieder der Steuerungsgruppe gem. der Richtlinie über die Förderung von Bürgerplattformen in Stadtgebieten ohne Ortschaftsräte, Anlage 1 Nr. 15 auf der Website www.chemnitz.de/mitwirken

Rechtsgrundlagen

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Grundlage von:

Die Förderung von Bürgerplattformen ist eine freiwillige Aufgabe im öffentlichen Interesse. Die Datenverarbeitung erfolgt auf Grundlage DSGVO Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 lit. e) und Absatz 3 Satz 1 lit. b) i. V. m. SächsDSG § 3 i. V. m. SächsGemo § 2 und der Richtlinie über die Förderung von Bürgerplattformen in Stadtgebieten ohne Ortschaftsräte sowie dem Beschluss B-030/2021.

Darüber hinaus ist gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn Sie Ihre Einwilligung erteilt haben.

Kategorien personenbezogener Daten

Folgende personenbezogenen Daten werden durch die Stadt Chemnitz verarbeitet:

Zu 1. Name, Vorname, Anschrift, Arbeitsvertrag
Zu 2. Name, Vorname

Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Der Verarbeitungszweck erfordert die Offenlegung der Daten an Dritte, wie z. B. andere Ämter der Stadt Chemnitz oder Behörden und Stellen außerhalb der Stadtverwaltung.

☒ ja ☐ nein

Empfänger der personenbezogenen Daten können vorliegend sein:

Rechnungsprüfungsamt (nur zu 1.)

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an Drittländer erfolgt nicht.

Dauer der Speicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden zu 1. für die Dauer des Förderverfahrens, der Prüfung des Verwendungsnachweises und der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist gespeichert. Der Zeitraum beträgt in der Regel zehn Jahre und zu 2.

Ihre personenbezogenen Daten werden zu 2. nur für die Zeit der aktiven Mitgliedschaft in einer Steuerungsgruppe gespeichert.

Betroffenenrechte

Sie haben das Recht, von der Stadt Chemnitz eine Bestätigung zu verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, kann auf Antrag Auskunft über alle verarbeiteten Daten verlangt werden (Art. 15 DSGVO).

Ihnen stehen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen zudem folgende Rechte zu:

- Recht auf Berichtigung Sie betreffende unrichtige personenbezogene Daten (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 21 DSGVO)

Beschwerderecht

Sie haben nach Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Aufsichtsbehörde ist

Der Sächsische Datenschutzbeauftragte
Kontor am Landtag
Devrientstraße 5
01067 Dresden.

Quellen der personenbezogenen Daten

Die Stadt Chemnitz erhebt die Daten unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen bei anderen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen oder Personen.

Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben bei:

	öffentlich zugänglich
--	-----------------------

Zu 1: Dem Arbeitgeber als Träger einer Bürgerplattform	<input type="checkbox"/>
Zu 2: Dem Träger der Bürgerplattform	<input type="checkbox"/>

Entscheidungsfindung

Es erfolgt eine automatisierte Entscheidungsfindung.

☐ ja ☒ nein

Weitere Informationen

Weitergehende allgemeine Informationen erhalten Sie unter anderem auf der Internetseite des Sächsischen Datenschutzbeauftragten, <http://www.saechsdsb.de>.